Antrag öffentlich	Datum 20.10.2005	Nummer A0191/05
Absender **Fraktion Die Linkspartei.PDS**		
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Herrn Ansorge		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	03.11.2005	
Kurztitel Bundesanteil an Kosten der Unterkunft muss bleiben		

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hält es für untragbar, dass die Bundesregierung die zugesagte Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern zurückziehen will. Er unterstützt die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach Übernahme der Kosten im vollen Umfang.

2. Der Stadtrat weist die pauschalen Vorwürfe zu Leistungsbetrug von Bundesminister Clement gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II zurück.

Begründung:

Die Absicht der Bundesregierung, sich vollständig aus der Finanzierung der Unterkunftskosten zurückzuziehen, ist ein Bruch der Vereinbarungen mit den Kommunen. Damit soll der Bundeshaushalt erneut auf Kosten der kommunalen Haushalte entlastet werden. Das Konexitätsprinzip wäre wieder ausgehebelt. Magdeburg als Stadt mit einer hohen Arbeitslosenrate kann solche zusätzlichen Belastungen nicht tragen.
Immer mehr Menschen sind auf Arbeitslosengeld II angewiesen, weil sie auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigungsangebote finden. Sie dürfen nicht als Sündenböcke für eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik diffamiert werden. Wenn in Einzelfällen Leistungsbetrug nachweisbar ist, müssen die gesetzlichen Regularien in Anwendung kommen.

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender